

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dehmer,
sehr geehrte Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher,
liebe Bürgerinnen und Bürger,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
liebe Kolleginnen und liebe Kollegen,

dies ist unsere dritte Haushaltsberatung als Mitglieder des Geislinger Gemeinderats und da sich die Situation in finanzieller Hinsicht leider nicht groß verändert hat, waren wir fast versucht sein auch in diesem Jahr eine Rede zu halten, in der es, wie im letzten Jahr, vor allem darum geht, wie weit man den Gürtel noch enger schnallen kann. Ein Blick in die Reden zur Einbringung des Haushalts und in die Haushaltsanträge der Ortschaften zeigt, dass dies aber nicht mehr ausreichen kann.

Zum einen, weil es nichts mehr gibt, was mit einem Gürtel „abgeschnürt“ werden könnte und zum anderen, weil die ersten verschobenen Investitionen schon wieder zurück auf die Agenda drängen. Allerdings unter geänderten Vorzeichen: Die Aufgaben sind in der Zwischenzeit noch größer geworden und der mittel- und langfristige Blick auf die Finanzsituation noch trüber. Vor diesem Hintergrund sind wir vor allem von der Haushaltsrede des Oberbürgermeisters etwas enttäuscht. In dieser Rede ging es offenbar vor allem darum sich als alleiniger Vater der Fortschritte zu präsentieren, während an den Rückschlägen vor allem Teile des Gemeinderates Schuld sein sollen bzw. die entsprechenden Probleme allenfalls noch geerbt sind.

Selbst unmittelbar vor einem OB-Wahlkampf ist diese Zuspitzung schwer nachvollziehbar, da die Wahl im kommenden Jahr an der Zusammensetzung des Gremiums nichts ändert. Neben diesen atmosphärischen Unstimmigkeiten ist uns aufgefallen, dass unangenehme Entscheidungen immer noch entweder geschoben werden oder aber dem Gemeinderat aufgetragen werden sollen. Dafür ist der Gemeinderat dann wohl wieder gut genug.

Wir erwarten als Kompass für unsere Stadt etwas mehr als die Aussicht auf Ergebnisse einer Organisationsuntersuchung und eine Liste von Zielen, die unter „Fördergeld-Vorbehalt“ stehen. Auch ohne Organisationsuntersuchung gehen wir davon aus, dass wir keine Mittel für mehr Personal haben, obwohl die übertragenen Aufgaben und die Ansprüche, die von vielen Seiten an uns herangetragen werden, zunehmen. Die Organisationsuntersuchung wird unter diesen Vorzeichen wohl in einer Aufgabenkritik münden müssen, in der letztlich überlegt wird, was die Verwaltung ohne Überlastung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch bewältigen kann und was eben wegfallen muss.

Zudem reicht ein Blick in den Haushalt, um zu sehen, dass wir uns an einigen Stellen sogar überlegen müssen, ob wir uns die Kofinanzierung von Fördergeldern und die oft aus der Förderung resultierenden Folgekosten überhaupt leisten können. D.h. unsere Maßnahmenlisten stehen nicht nur unter einem „Fördergeld-Vorbehalt“, sondern müssen auch mit Blick auf die Folgekosten bewertet werden. Diese Aufstellung und Planung ist für uns gegenwärtig noch nicht transparent genug, wir haben den Eindruck, dass man sich da von einer „Verschieberunde“ zur nächsten hangelt, statt langfristige Investitionsplanungen zu betreiben und diese den Bürgerinnen und Bürgern verständlich und transparent zu kommunizieren.

Im vergangenen Jahr habe wir als Perspektive Geislingen an gleicher Stelle gefordert, dass wir einen hörbaren Weckruf an Kreis, Land und Bund senden sollten, um dort deutlicher zumachen, dass wir unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen kaum Aussicht haben aus eigener Kraft in ruhigeres Fahrwasser zu kommen. Von diesem Weckruf haben wir wenig bis gar nichts vernommen. Daher fordern wir diesmal konkreter: die Verwaltung soll bei diesem Thema aktiv werden und prüfen, gerne mit anderen betroffenen Kommunen, ob eine Klage vor dem Verfassungsgerichtshof oder dem Bundesverfassungsgericht möglich ist. Für uns reduziert die gegenwärtige Ausgestaltung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Land und Kommunen, die Kommunen vielerorts auf ihre Pflichtaufgaben, obwohl eine Kommune viel mehr als Dienstleister in Pflichtbereichen ist. Gerade freiwillige Leistungen, wie z.B. ein Freibad oder kulturelle Angebote wie unsere Stadtbücherei, prägen das Zusammenleben in Kommunen. Dies sollte angemessen berücksichtigt werden, da sonst die Vergleichbarkeit der Lebensverhältnisse nicht nur zwischen Bundesländern gefährdet ist, sondern auch innerhalb eines Bundeslandes, ja manchmal sogar innerhalb eines Landkreises, egal wie dieser am Ende heißt.

Die vielen „Neins“ und Verschiebungen die in den Erläuterungen zu den Anträgen aus den Ortschaften zu lesen sind, haben uns veranlasst auf finanzwirksame Forderungen zu verzichten. Wir fordern lediglich noch mehr Transparenz bei allen unbestritten schweren Entscheidungen und mehr Engagement gegenüber den übergeordneten Stellen, bei beiden Forderungen werden wir im Rahmen unserer Möglichkeiten mitwirken, zum Wohle unserer Stadt. Trotz des ab und an schärferen Tones in der Auseinandersetzung, sind wir immer noch davon überzeugt, dass alle Beteiligten das Wohl unserer Stadt bei den Beratungen im Sinn und im Herzen haben.

Die Perspektive Geislingen wünscht allen Bürgerinnen und Bürgern frohe Weihnachten und eine Corona freie Zeit.

Freundlich grüßt Sie
Erkan Erdem